

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckanstalt: Tagesblatt-Rieser, Riesa Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postkontos: Dresden 1828, Cirkasse Riesa Nr. 22.

Nr. 217.

Dienstag, 16. September 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintretens von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Anzeigens sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für bewilligte Rabatte zuzüglich, wenn der Betrag verzahlt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Frohler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Streik oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Vanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Ditzsch, Riesa.

Die dringliche Regierungsfrage.

Von unserem Berliner Vertreter.

Die Rückkehr des Reichskanzlers Dr. Marx nach Berlin hat die politische Lage in ein neues Stadium gebracht, und es läßt sich schon jetzt voraussagen, daß alle kritischen Probleme nunmehr zunächst innerhalb des Reichskabinetts gereinigt werden, damit die außerordentlich schädliche innenpolitische Krise beendet werden kann. In allen maßgebenden politischen Kreisen ohne Unterschied der Parteien ist man der Überzeugung, daß das Kabinett Marx — Stresemann in eine sehr unglückliche Situation gerät, aus der es kaum noch herausziehen sein wird. Obwohl alle amtlichen Stellen versichern, es bestehe kein Gegensatz zwischen dem Reichskanzler Dr. Marx und dem Außenminister Dr. Stresemann, werden in den parlamentarischen Kreisen immer neue Mitteilungen bekannt, aus denen hervorgeht, daß der Reichskanzler die Auffassung des Außenministers nicht billigt. Augenblicklich ist die Lage so, daß die Führer des Zentrums und der Deutschen Volkspartei hinter den Kulissen sehr eifrig bemüht sind, die Gegensätze zum Ausgleich zu bringen. Bemerkenswert ist dabei die Tatsache, daß innerhalb des Zentrums immer mehr die Persönlichkeit des früheren Reichskanzlers Dr. Wirth hervortritt, der als Vertreter des Reichskanzlers Dr. Marx bereits vor einigen Wochen in sehr wichtigen außenpolitischen Angelegenheiten eine wichtige Rolle gespielt hat. Die Zentrumspartei verlangt immer häufiger, daß Außenminister Dr. Stresemann in der Leitung der auswärtigen Politik sich dem Einfluß der Deutschnationalen entziehe und läßt damit auch einen sehr starken Druck auf die Deutsche Volkspartei hinsichtlich der Regelung der Regierungsfrage aus, indem von Seiten des Zentrums verlangt wird, daß es den Deutschnationalen überlassen werden müsse, in der Frage der Umbildung der Reichsregierung die Initiative zu ergreifen und daß die Regierung nicht länger unter der Vormundschaft der Deutschnationalen Opposition gehalten werden dürfe. Die Deutsche Volkspartei dagegen wünscht unter allen Umständen die freundschaftliche Führung mit den Deutschnationalen aufrecht zu erhalten und den Deutschnationalen den für Oktober vorgesehenen Eintritt in die Reichsregierung so leicht als irgendmöglich zu machen.

Im Hinblick auf die sich immer mehr zuspitzenden Gegensätze zwischen den Parteien der gegenwärtigen Regierungskoalition wird das Problem der Umbildung der Reichsregierung von Tag zu Tag dringlicher. Wenn von Seiten des Zentrums die Forderung ausgesprochen wird, daß die Reichsregierung nicht nur nach rechts, sondern auch nach links verbreitert werden müsse, so liegt hierin in gewisser Hinsicht der Kernpunkt des ganzen Problems. Die führenden Parlamentarier wissen zwar sehr wohl, daß eine Hinzuziehung der Deutschnationalen und der Sozialdemokraten ganz unmöglich wäre. Auf der anderen Seite aber sind sie sich noch nicht im klaren darüber, nach welcher Seite hin eine Verbreiterung der Reichsregierung tragbar sein würde. Das Zentrum würde in seiner Mehrheit lieber mit den Sozialdemokraten zusammen regieren, während die Deutsche Volkspartei unter allen Umständen nur an eine Verbreiterung der Regierungskoalition nach rechts denkt. Bei der augenblicklichen Lage der Dinge ist selbstverständlich anzunehmen, daß die Hinzuziehung der Deutschnationalen mit größerer Wahrscheinlichkeit in Frage kommt als die der Sozialdemokraten. Das Zentrum will aber, daß man die Möglichkeit vorhanden bleibt, auch die Mitwirkung der Sozialdemokratie an den wichtigsten Regierungsaufgaben zu sichern. Die Entscheidung, die die Reichsregierung noch im Laufe dieser Woche hinsichtlich der Kriegsschuldfrage und der Frage eines Eintritts in den Völkerbund fällen wird, dürfte auch den Ausschlag in der Frage der Regierungsumbildung geben.

Wertwürdige „Räumung“.

Brief aus dem besetzten Gebiet.

Düsseldorf, 14. September. Wenn man über die Düsseldorf-Abwehrbrücke geht, wird man mit Erstaunen einige Vorgänge bemerken, die ohne Zweifel in starkem Widerspruch zu der „neuen Ära“ der Verständigung stehen. Bisher haben sich die Franzosen damit begnügt, für den Fall eines deutschen Angriffs die Werke der Brücke zur Sprengung vorzubereiten. Offenbar befürchten sie, nachdem sie einige der politischen Gefangenen freigelassen haben, daß eine solche Maßnahme besser zum Schutze der Besatzungstruppen nicht mehr ausreicht. Sie beschließen also, gründliche Arbeit zu tun, bestechen die Brücke mit einer großen Zahl von Molotow, führen ungeheure Mengen von Brettern und Balken herbei und geben seit acht Tagen täglich und stündlich den verdunstenden und von Räumung und Entspannung träumenden Bewohnern eine lehrreiche Darstellung, wie man den Oberbau einer Eisenbrücke seiner ganzen Länge nach mit einigen Sentnern Sprengstoff in die Luft zu lagern vermag.

Diese Geschichte ist vielleicht unbedeutend. Aber ihr liegt ein Symptom zu Grunde. Der gleiche Geist, der Herrn Tizard in Coblenz veranlaßt, die Freigabe der Gefangenen und die Rückkehr der Ausgewiesenen durch ein umständliches Verfahren von Fall zu Fall entgegen den Londoner Verhandlungen genereller Maßnahmen hinauszuschieben, befiehlt den französischen Truppenkommandeuren in Düsseldorf, Taborlang ist es nicht auf den Gedanken gekommen, daß die Sprengstoffbereitungen nicht ausreichend sein könnten. Jetzt heute fällt ihm seine schwere Unterlassung ein.

Eine selbstverständliche Folge der Londoner Vereinbarungen hätte die Ausschaltung der Kriegsgerichte sein

müssen. Zu mindezt, wenn Gerriot die Andauer dieser barbarischen Methode gutheißen zu können glaubt, mühten ihnen alle diejenigen Fälle entzogen werden, die nicht unmittelbar gegen die Befehle gerichtete Handlungen betreffen. Die Statistik aber zeigt, daß die Kriegsgerichte in ihrer Praxis nicht den geringsten Unterschied zwischen der Zeit vor und nach dem Londoner Abkommen machen. Im Gegenteil, in der Zeit nach London sind in einzelnen Verfahrensvorbereitungen die Urteile der ersten Instanz aus der Zeit vor London erheblich verschärft, in zwei Fällen sogar verdoppelt worden. Es ist bekannt, daß sich die deutsche Regierung auch in Paris um Abhilfe gegen diesen unumkehrbaren und an Betrag grenzenlosen Zustand bemüht. Ein praktisches Ergebnis ist bis heute nicht erzielt.

So wird in wesentlichen Punkten von untergeordneten französischen Stellen die Londoner Vereinbarung durchbrochen und das bittere Schicksal zahlreicher Deutscher wird ohne einen anderen Zweck als die Fortführung des gewalttätigen Gewalttätigen bis ins Ungewisse verlängert. Wir sind noch sehr weit von einem Zustande endgültiger Entspannung entfernt.

Die Kabinettsitzung.

Entscheidung erst am 22. September.

Nachdem der Reichskanzler gestern vormittag um 9 Uhr aus Sienmarinano nach Berlin zurückgekehrt war, begann zur Mittagsstunde unter dem Vorsitz des Reichskanzlers die festgesetzte Kabinettsitzung. Auf der Tagesordnung standen jedoch nicht die großen außenpolitischen Fragen, sondern nur die Ernennung der deutschen Mitglieder des Verwaltungsrats der Reichsbahn, des Generalrats der Reichsbank und des Aufsichtsrats der Industriebank.

Wie wir hören, werden die Fragen der Ratifizierung der Runderhebung der Reichsregierung in der Kriegsschuldfrage und des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund erst in einer Kabinettsitzung beraten werden, die nach den bisherigen Dispositionen für den 22. September in Aussicht genommen ist. Die „B. A.“ will wissen, daß diese Kabinettsitzung unter dem persönlichen Vorsitz des Reichspräsidenten Ebert stattfinden wird.

Der Kanzlerurlaub nur unterbrochen.

X Berlin. Wie es heißt, hat der Reichskanzler seinen Urlaub noch nicht beendet, sondern lediglich unterbrochen. Er wird deshalb für einige Zeit Berlin wieder verlassen, um sich dann vom nächsten Montag ab seinen Amtsgeschäften zu widmen.

Das Eingreifen des Reichskanzlers.

Berlin. Wie wir von beiläufiger Seite erfahren, wird Reichskanzler Dr. Marx unverzüglich mit den beteiligten politischen diplomatischen Kreisen in Fühlung treten, um in der Frage der Kriegsschuldfrage eine Lösung herbeizuführen, die geeignet wäre, einen erneuten Konflikt zu vermeiden. Es steht einigermaßen fest, daß in der Kriegsschuldfrage eine Erklärung aus der alliierten Regierung abgegeben wird, aber es ist nicht die Absicht der Reichsregierung, die Erklärung zu abtun, das dadurch für die Alliierten ein äußerer Vorwand zu einem Konflikt mit Deutschland in die Hand gegeben wird. Im Auswärtigen Amt versichert man, daß die Reichsregierung seinen Augenblick daran denke, die Erklärung in der Kriegsschuldfrage fallen zu lassen und daß es in der Hauptsache nur darauf ankommt, eine Formel zu finden, die lediglich eine Ausdeutung gegen die Kriegsschuldfrage darstellt, im übrigen aber in keiner Weise auf den Versailler Friedensvertrag Bezug nimmt. Wenn die deutsche Regierung den Versailler Vertrag vollständig aus dem Spiele läßt, und sich lediglich gegen die Auffassung wendet, wonach Deutschland die alleinige Schuld am Kriege trage, so wird den alliierten Regierungen nichts anderes übrig bleiben, als die Erklärung der deutschen Regierung zur Kenntnis zu nehmen.

Stresemanns Erklärung.

Gegenüber den irtümlichen Auffassungen über die Erklärungen, die der Reichsaußenminister Dr. Stresemann am Freitag bezüglich der Völkerbundsfrage und der Kriegsschuldfrage abgegeben hat, möge nochmals der genaue Wortlaut dieser Erklärung mitgeteilt werden. Herr Dr. Stresemann hat über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund wörtlich gesagt: „Wir können nicht in den Völkerbund eintreten, ehe diese Frage (die Kriegsschuldfrage) nicht durch eine Erklärung der Reichsregierung geklärt worden ist.“ Der Sinn ist also lediglich der, daß zunächst einmal die Stellung der Reichsregierung zur Kriegsschuldfrage den fremden Mächten notifiziert werden muß.

Die deutsch-belgischen Wirtschaftsverhandlungen begonnen.

X Berlin. Gestern haben die deutsch-belgischen Wirtschaftsverhandlungen begonnen. Der deutsche Bevollmächtigte, Ministerialdirektor von Stodhammer, begrüßte die unter Führung des belgischen Gelehrten erschienenen Belgische Delegation namens der Reichsregierung und fixierte das Programm der Verhandlungen. Der belgische Bevollmächtigte Graf de la Halle erwiderte seinerseits die Begrüßung namens der belgischen Delegation. Im weiteren Verlauf der Sitzung einigte man sich über das Programm der Verhandlungen und vereinbarte die nächste Sitzung für heute nachmittags.

Die Brotpreisfrage.

Das von der Presse vor kurzem veröffentlichte Rundschreiben, das vor Preissteigerungen warnte, ist nicht neuen Datums, sondern es gibt nur, wie wir mitteilen können, das Rundschreiben wieder, das das Reichsernährungsministerium am 14. August, also zu einer Zeit, als die Brotpreise in einzelnen Städten als hoch anzusehen waren, an die Landesregierungen gerichtet hat. Das Ernährungsministerium hat immer den Standpunkt vertreten, daß die Brotpreise möglichst stabil gehalten werden sollen und sich nicht immer sofort den Schwankungen der Getreide- und Mehlpreise anpassen dürften, sofern mindestens diese Schwankungen als vorübergehend anzusehen seien. Demnach war ein Grund zu einer allgemeinen Preissteigerung nicht gegeben, und das Ernährungsministerium hat die Landesregierungen anzuregen, erneut die Preissteigerungen zu prüfen, namentlich nach der Richtung, ob nicht in benachbarten Städten ohne Grund vertriebene Brotkörbe bestanden. Den Inhalt des Rundschreibens vom August hält das Reichsernährungsministerium auch heute noch in demselben Sinne aufrecht, daß Schwankungen der Getreide- und Mehlpreise unerwünscht seien, wenn auch heute die Grundlagen des damaligen Rundschreibens nicht mehr in demselben Maße gegeben sind wie früher. In Berlin sind Preissteigerungen nicht erfolgt, es sei denn, daß in einzelnen Fällen die Bäder das Gewicht des Brotes um ein Geringes vermindert haben. Ein amtlicher Preisbericht besteht nicht. Die Bäcker haben sich aber in ihrer Innungskommission schon vor längerer Zeit, etwa im Januar, über bestimmte Richtlinien für die Preisgestaltung verständigt. Ein erheblicher Teil der Bäcker ist sogar noch unter diesen Richtlinien geblieben, da immer die Konkurrenz auf möglichst niedrige Preise hinwirft. Die Brotpreise können nicht einheitlich, sondern nur nach den verschiedenen lokalen Verhältnissen geregelt werden. Wenn augenblicklich die Getreidepreise bedauerlich in die Höhe gegangen sind, so dürfen wohl auch diese Erhöhungen nur vorübergehend bestehen, da die inländischen Preise von den Weltmarktpreisen abhängen und vom vorigen Jahre noch erhebliche Mengen Getreide lagern, die auf die Weltmarktpreise drücken. Sowohl der deutsche Roggenpreis wie auch der Weizenpreis liegen noch immer etwas unter den Weltmarktpreisen. (Bd. 3.)

Von den Völkerbundsberatungen.

X Genf. Bemerkenswert als Präsident des Untersuchungsausschusses des dritten Ausschusses, der auf Grund der Resolution Gerriot-Macdonald den endgültigen Text vorbereiten soll, mit den englischen und den französischen Völkerbundsdelegierten gemeinsame Beratungen ab, wobei eine grundsätzliche Einigung zwischen den Franzosen und den Engländern erzielt wurde. Die Einigungsformel wird dem Untersuchungsausschuss als Verhandlungsbasis morgen unterbreitet werden. Die Vereinbarung sieht auf Grund des Völkerbundsvertrages das obligatorische Schiedsverfahren und militärische Sanktionen gegen den Staat vor, der ein Schiedsverfahren nicht anerkennen würde. Eine Abrüstungskonferenz würde dann erst stattfinden, wenn eine derartige vertragliche Vereinbarung angenommen wäre. In den Kreisen der französischen Delegation äußerte man sich über diese vorläufige Einigung sehr befriedigt und wies darauf hin, daß ein etwaiges Protokoll dieser Vereinbarung auf jeden Fall eine Verpflichtung der gegenseitigen Güteleistung enthalten würde.

Den Beratungen ging eine längere Debatte im Untersuchungsausschuss des vierten Ausschusses voraus, der den juristischen Teil der Resolution Gerriot-Macdonald zu behandeln hat, in der die französischen Delegierten eingehende Vorschläge der Auslegung des Paktes machten, die, wie sie erklärten, alle Löcher im Pakt endgültig verstopfen.

Vorläufig kein Eintrittsgesuch in den Völkerbund?

Berlin. Von einer dem Reichskanzler Dr. Marx nahestehenden Seite verlautet, daß der Reichskanzler in der Frage eines eventuellen Eintrittsgesuches in den Völkerbund die Auffassung vertritt, daß eine Entscheidung darüber frühestens in zwei bis drei Monaten fallen könne. Die deutsche Regierung wird voraussichtlich ihre Bemühungen fortsetzen, um die Bedingungen zu prüfen, unter denen ein Eintritt in den Völkerbund erfolgen kann. Keinesfalls aber könnte schon jetzt ein entscheidender Schritt erfolgen, wo innerhalb der am Völkerbund beteiligten Mächte noch wesentliche Meinungsverschiedenheiten über das Problem der Hinzuziehung Deutschlands vorhanden sind.

Oberhausen wird geräumt.

Die Räumung Oberhausens wird, wie von maßgebender Stelle berichtet wird, heute endgültig beginnen.

Wie sich die Franzosen verabschieden.

X Oberhausen. Sonntag abend gegen 10 Uhr richteten 8 bis 10 betrunkenen französische Soldaten in den Straßen von Oberhausen verschiedene Verfassungen an. Sie schlugen Schaufensterkerbeulen ein und mißhandelten einen von der Krankenkasse kommenden Sanitätsrat. Als die empörte Menge gegen die Unruhestifter eine drohende Haltung einnahm, war die Polizei gezwungen, zwei der Soldaten in Schutzhaft zu nehmen, während die anderen flüchteten. Die alarmierte französische Gendarmarie nahm die beiden Festgenommenen in weiteren Gewahrsam und ist mit der Ermittlung der geflüchteten Soldaten beschäftigt.